Nr. 281 2. Ausgabe

Sonntag, 13. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile oder für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M. 1.50, mit Platzvorschrift M. 2.—. Für Tabellen- oder Kunstsatz 10% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste“ 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. M. 1.40, vierteljährl. M. 4.20; B mit „Illustr. Neueste“ 1.55, 4.65. In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96; B mit „Illustr. Neueste“ 2.49, 7.47. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M. 1.10. Einz. Numm. 10 Pf.

Die deutsche Antwort an Wilson

Heftige Angriffe der Italiener auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden erfolgreich abgeschlagen — Kämpfe in Serbien — Die politischen Vorgänge in Oesterreich-Ungarn

Einwilligung zur Räumung

× Berlin, 12. Oktober. (Amtlich)

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note ist Sonnabend den 12. Oktober mittags abgesandt worden. Sie lautet:

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung: Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen. Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen. Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen. Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Berlin, 12. Oktober 1918.

Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

•

Präsident Wilson hatte drei Rückfragen gestellt. Die erste und die dritte waren politischer Art. Die zweite zugleich militärischer Natur. Die erste Frage wird im Sinne des Fragestellers durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ohne Einschränkung bejaht. Die deutsche Regierung stellt sich grundsätzlich auf den Boden der bekannten 23 Punkte Wilsons. Es erhellt ohne weiteres, daß die praktische Ausführung dieser ganz allgemein gehaltenen Grundsätze des Friedens nur in längeren Verhandlungen aller Beteiligten gefunden werden kann. Dieser Meinung ist offenbar auch die Gegenpartei. In der Rückfrage Wilsons ist genau in diesem Sinne von „einer Diskussion“ die Rede, um „sich über die praktischen Einzelheiten der Anwendung dieser Grundsätze zu verständigen“. Die völlige Uebereinstimmung liegt hier zweifelsfrei vor. Unaufgeklärt bleibt, ob alle feindlichen Regierungen sich nun gleichfalls auf den Boden stellen, den die Regierungen der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Oesterreich-Ungarns betreten haben. Bündige Erklärungen der Ententeregierungen sind darüber bis zur Stunde nicht erfolgt. Indessen lassen die Reuter-Meldungen und das Verhalten Lloyd Georges, Asquiths und der englischen Liberalen erkennen, daß sie die Auffassung Wilsons billigen. Während die von Clemenceau beeinflußten Agenturen und Blätter bisher noch den Kapitulationsfrieden forderten. Hier kann es nur eine Wandlung Clemenceaus oder eine Aenderung in der Person des französischen Ministerpräsidenten und derjenigen Kabinettsmitglieder geben, die allenfalls ebenso intransigent sich weiter verhalten.

Und da gemäß der Beantwortung der zweiten Frage Wilsons die Räumung aller besetzten Gebiete offenbar Zug um Zug erfolgen soll, das heißt selbstverständlich unter den Garantien, die durch die Verhandlung einer gemischten Kommission von Vertretern der Mittelmächte und der Entente geschaffen werden müssen, so muß vorher Klarheit herrschen darüber, ob sich alle feindlichen Mächte zu den durch Wilson festgelegten Friedensgrundsätzen bekennen. Erklärungen in dieser Richtung müßte man also ebenfalls erwarten.

Bei der Beratung der Antwort an Wilson hat wiederum die Oberste Heeresleitung mitgewirkt. Der Beschluß, der in der Antwortnote die Bereitwilligkeit zur Räumung ausspricht, ist also im vollen Einverständnis und mit dem Willen der Obersten Heeresleitung erfolgt. Das muß betont werden, damit der alldeutschen Agitation, die auf der Suche nach Sündenböcken für ihre eigenen Sünden andauernd die Sache so darzustellen versucht, als handle die neue Reichsregierung in militärischen Fragen gegen Willen und Meinung der Heerführer, der Boden entzogen wird. Wenn die Reichsregierung so schwerwiegende Zugeständnisse macht, um der Welt den Frieden so bald wie möglich wiederzugeben, so hat sie zweifellos Grund, zu glauben, daß der Waffenstillstand und daran anschließend die Friedensverhandlungen in greifbare Nähe gerückt sind.

Die dritte Frage war am einfachsten zu erledigen. Der Reichskanzler hat im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes gesprochen, dessen überwältigende Mehrheit ihm ihr Vertrauen rückhaltlos bekundet hat. Wilson hatte gefragt, „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spräche, die bisher den Krieg geführt hätten“. Die Antwort bezeichnet genau die Verfassungsänderung, derzufolge der Kanzler moralisch und staatsrechtlich im Namen der Regierung und des Volkes über Frieden und Waffenstillstand verhandelt. Wenn Herr Wilson dem deutschen Volke in dieser dritten Frage nicht etwa einen demütigenden Eingriff in seine inneren Verhältnisse angesonnen haben wollte, so kann er diese Antwort in ihrer grundsätzlichen Bedeutung auch nicht mißverstehen.

Der gute Glaube, den die deutsche Volksregierung Herrn Wilson in denkbar weitgehendem Maße entgegenbringt, muß auf der Gegenseite erkannt werden, wenn Wilson und die Regierungen, deren Wortführer er ist, wirklich Grundlagen für einen dauernden, ehrlichen Weltfrieden schaffen wollen, wenn sie nicht einem Volke von 70 Millionen unerträgliche Bedingungen aufzuerlegen insgeheim denken. Darüber wird bald Klarheit entstehen. Wilson wird nun wohl nicht mehr für sich allein, vielmehr wird die Entente auf das Friedensangebot der Mittelmächte und den Waffenstillstandsvorschlag zu antworten haben. Sind die Ideale Wilsons echt, dann wird der Welt ein weiterer Kriegswinter erspart bleiben.

•

Das Einverständnis der Obersten Heeresleitung

\+ Berlin, 12. Oktober. (Priv.-Tel.)

Die deutsche Antwortnote, die heute abgesandt wurde, hat, wie wir hören, nicht nur die volle Billigung des Reichstages und der Reichsleitung, sondern auch das volle Einverständnis der Obersten Heeresleitung, deren Urteil eingeholt wurde, gefunden.

•

Eine neue Kanzlerkrise?

(Privattelegramm)

\+ Berlin, 12. Oktober

Seit Sonnabend nachmittag gehen in Berlin Gerüchte von einer Kanzlerkrise. Die „Nationalzeitung“ berichtet darüber: Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages, der heute früh 11 Uhr zusammentrat, dehnte seine Beratungen bis 1½ Uhr aus. Außerhalb des Versammlungsraumes nahm man zunächst als feststehend an, daß die Besprechungen nur der Antwort an Wilson galten, und wunderte sich bloß ein wenig über die Dauer der Erörterung, da als feststehend galt, daß der Wortlaut bereits festgelegt sei. Aus den überaus ernsten Mienen der Abgeordneten, die den Saal verließen, mußte man schließen, daß eine neue Komplikation eingetreten sei. Da die Antwortnote an Wilson, die im heutigen Fraktionsausschuß vom neuen Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf verlesen wurde, wie wir hören, die allgemeine Billigung fand und unverändert blieb, lag die Vermutung nahe, daß ein neues Moment, das nur indirekt mit dem Friedensschluß zusammenhängt und auf seinen Verlauf keinen Einfluß haben dürfte, eingetreten sei. Wir haben Grund zu der Annahme, daß im Mittelpunkt der Erörterungen der Brief stand, den eine leitende Persönlichkeit im Sommer v. J. in der Schweiz schrieb und der jüngst in die Hände der englischen Regierung geraten ist. Wie die Veröffentlichung desselben in der Ententepresse bewies. Anscheinend ist der interfraktionelle Ausschuß zu dem Ergebnis gelangt, daß der Brief zu Komplikationen führen kann, wodurch das Verbleiben des leitenden Staatsmannes vielleicht in Frage gestellt wäre. Begreiflicherweise hält man den Wechsel in der erwähnten Stellung auch in den Kreisen, welche ihn für unabwendbar betrachten, im gegenwärtigen Moment für besonders bedauerlich. Heute um 6 Uhr nachmittags trat der interfraktionelle Ausschuß zu neuerlicher Beratung in der gleichen Angelegenheit zusammen.“

•

Fortsetzung der Beratungen

(Privattelegramm)

\+ Berlin, 12. Oktober

Die „Kriegszeitung“ hört, daß die heute vormittag zwischen den Vertrauensleuten der Reichstagsmehrheit und Vertretern der Regierung gepflogenen Besprechungen im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt worden sind. Die Erörterung hat sich indessen nicht eigentlich mit der Materie der Note an den Präsidenten Wilson befaßt, sondern sich mehr auf eine Reihe von Fragen formeller Art erstreckt, namentlich was die weitere Behandlung des nunmehr zu erwartenden Gedankenaustausches zwischen uns und unsern Feinden anbetrifft.

•

Der Kaiser

× Neues Palais, 12. Oktober

Der Kaiser hörte heute den Generalstabsvortrag. Zur Frühstückstafel war Generaloberst von Linsingen zugezogen.

•

Lansing gegen die Haßpolitiker

Lansing hielt, wie „Central News“ aus New-York melden, im Theologischen Seminar von Auburn eine Rede anläßlich des 100jährigen Bestehens des Seminars. Er erklärte: Die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen ist ganz nahegerückt. Es darf nicht gestattet werden, daß der Geist der Rache den Beratungen schadet. Eine derartige Haltung der Alliierten würde den aufrichtigen Geist der Rechtlichkeit, der wesentlich ist für die Erzielung eines dauerhaften Friedens, stören. Sowie der Krieg gewonnen ist, darf das amerikanische Volk keinen unversöhnlichen Haß hegen gegen diejenigen, die lediglich den militärischen Diktatoren der Mittelmächte dienten. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen Meister und Diener.

Feindliche Angriffe an der Maas gescheitert

× Berlin, 12. Oktober abends. (Amtlich)

Nördlich von Le Cateau und auf beiden Maas-Ufern sind heftige Angriffe des Feindes gescheitert.

Ein Amnestieerlaß des Kaisers

× Berlin, 12. Oktober

Seine Majestät der Kaiser und König hat den Reichskanzler und den preußischen Justizminister beauftragt, solche Personen, die vom Reichsgericht, oder von preußischen Zivilgerichten einschließlich der außerordentlichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Demonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen bestraft sind, in weitem Umfange zur Begnadigung vorzuschlagen. Ein gleicher Antrag ist von den deutschen Bundesfürsten und Staaten der freien Städte wegen der in ihren Gebieten begangenen gleichen Straftaten ergangen.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht

× Wien, 12. Oktober

Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz

Die Hochfläche der Sieben Gemeinden war gestern der Schauplatz heftiger, für uns erfolgreicher Kämpfe. Nach kurzem Feuerschlag setzten um 4 Uhr früh zwischen Assa-Tal und Monte di Val Bella italienische Angriffe ein. Während die Vorstöße bei Asiago durch unser Abwehrfeuer zum Scheitern gebracht wurden, gelang es den Franzosen und Italienern, auf dem Monte Sisemol in unsre Gräben einzudringen. Aber ungesäumt einsetzende Gegenstöße unsrer Bataillonsreserven warfen den Feind sofort wieder hinaus. Auf dem östlichen Teile der Hochfläche brachen die Angriffe des Feindes in unserm Feuer, teils im Nahkampfe oder Gegenstoße zusammen. Zahlreiche tote und schwerverwundete Gegner liegen vor unsern Stellungen. Der Erfolg ist ebenso das Verdienst der Truppen wie der Führung. Das mustergültige Zusammenarbeiten zwischen Infanterie und Artillerie war wesentlich gefördert durch die Kriegstüchtigkeit der Telegraphenverbände. Unter den opfermutigen Kämpfern waren in ungebrochener Eintracht Söhne aller Gaue der Monarchie vertreten. Besondere Anerkennung wird den Südösterreichern (Deutschen, Slowenen, Italienern) des Inf.-Regts. Nr. 117 und den österreichisch-ungarischen Honvedregimentern Nr. 23 und 24 gezollt.

Balkankriegsschauplatz:

In Albanien haben wir im Zusammenhange mit dem ungestörten Rückzuge unserer Hauptkräfte die Nachhuten vom Skumbi abgezogen.

Mitrowitza wurde vom Feinde besetzt. Zwischen Nisch und Leskovac dauerten die Kämpfe an.

Westlicher Kriegsschauplatz

Bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften gestern keine besonderen Kampfhandlungen. Die Truppen des Feldmarschalleutnants Metzger haben in den letzten Abwehrkämpfen vor Verdun hervorragenden Anteil. Die ungarischen Infanterieregimenter Nr. 105 und 112 wetteiferten an Tapferkeit mit den Feldjägerbataillonen 17 (Judenburg), 25 (Brünn), 31 (Zagreb).

Der Chef des Generalstabes.

Nationale Gärungen in Oesterreich

Von unserm id-Mitarbeiter

Wien, 10. Oktober

Die Verhandlungen der deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses, die auf Grund der Entschließung der deutschen sozialdemokratischen Fraktion einen Zusammenschluß mit dem Programm der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auch auf das deutsche Volk in Oesterreich bezwecken, nehmen einen etwas schleppenden Fortgang, sie sind jedenfalls noch nicht abgeschlossen. Nichtsdestoweniger wird in parlamentarischen Kreisen behauptet, daß, nachdem grundsätzliche Uebereinstimmung aller deutschen Gruppen (Deutschnationaler Verband, Christlichsoziale, Deutsche Sozialdemokraten, Deutschfreiheitliche Vereinigung und Alldeutsche Vereinigung) gegeben ist, an der Schaffung der „Deutschen Einheitsfront“, eines Blocks aller deutschen Abgeordneten im Reichsrate, nicht gezweifelt werden kann. Es heißt, daß man vorerst die Entwicklung der außenpolitischen Ereignisse abwarten will, ehe man den Block formell konstituiert. Es ist nicht gut abzusehen, welcher Zusammenhang da besteht. Der Friede ist ja sichtlich auf dem Wege, und selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, kann die Entwicklung der Dinge in Oesterreich nicht mehr aufgehalten werden. Das „Selbstbestimmungsrecht der mündigen Völker“ ist von der Regierungsbank aus verkündet worden und kann darum auch „von oben“ nicht mehr angestritten werden.

Uebrigens haben die slawischen Nationen Oesterreichs auf die hohe obrigkeitliche Bewilligung gar nicht gewartet, sich für mündig zu halten und ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Tschechen erklären mit voller Offenheit in ihren Parlamentsreden, daß sie nur noch eine Weile formell mittun, daß sie sich aber materiell als dem österreichischen Staatsverbande zugehörig nicht mehr betrachten. „Ich kenne kein österreichisches Vaterland!“ Das war der Kernsatz in der gestrigen Rede des Abg. Vater Zahradnik. Er kennt auch keine „österreichischen Völker“, er kennt nur ein „tschechisches Volk“ und nur ein „Vaterland Böhmen“. Eine im Ausdruck mildere, im Wesen aber gleiche Note schlug auch der Abg. Dr. Fiedler, k. u. k. Wirklicher Geheimer Rat und ehemaliger k. k. österreichischer Handelsminister, an, der an den sozialdemokratischen Vorschlägen zur Lösung der inneren Krise es bemängelte, daß sie die Lösung des Problems im Rahmen Oesterreichs anstreben, während es doch aus einer innerstaatlichen eine internationale Frage geworden ist, zumal seitdem die Regierung das Wilsonsche Programm in dem Friedensangebote anerkannt hat. Was das Schicksal der Deutschen in Böhmen betrifft, so beruhigt sie Dr. Fiedler mit der Versicherung, es könne ihnen, da sie 35 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, nichts geschehen. Was dieser Trost wert ist, zeigt die Tatsache, daß die Deutschen schon bisher, da die tschechische Majorität nur die Agenden der Landesautonomie (neben den von staatlichen Organen verwalteten staatlichen Agenden) in Händen hatte, schweren Druck und zahlloses Unrecht zu erdulden hatten; welches Schicksal harrt ihrer erst in dem Falle, wenn die Macht des selbständigen, von jeder Zentralgewalt unabhängigen tschechischen Staates auf ihnen lasten würde. Solcher Gewalt werden sich die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens niemals unterwerfen.

Neben den Tschechen wenden nun auch die Polen dem österreichischen Staate den Rücken. Sie haben das eigentlich gleich zu Beginn des neuen Tagungsabschnitts in einem sogenannten Friedensantrage markiert, jetzt aber ist ihnen der Kamm ganz besonders geschwollen, seitdem der Warschauer Regentschaftsrat das ungeteilte, alle Polen umfassende Königreich proklamiert hat. Der Polenklub im österreichischen Reichsrate nennt sich seit gestern „parlamentarische Vertretung der polnischen Länder im österreichischen Teilungsgebiete“, eine etwas umständliche, aber sehr bezeichnende Titulatur. Es wurde dem „erlauchtesten“ Regentschaftsrat die Huldigung entboten und die Einleitung von Schritten zur Erlangung einer einheitlichen polnischen Vertretung beschlossen. Nun ja, wenn der Polenklub sieht, daß der Regentschaftsrat, der doch in unmittelbarer Nachbarschaft des deutschen Generalgouverneurs in Warschau residiert, so wie nichts dir nichts sich auf den allpolnischen Standpunkt stellen und über Posen und Danzig verfügen kann, so begreift man, daß dieser Rausch auch dem österreichischen Polenklub zu Kopfe steigt. Was aber soll man dazu sagen, daß man auch am Wiener Ballplatz die Kundgebung des Regentschaftsrats „sympathisch“ begrüßt, obgleich in dieser Kundgebung Galizien (noch dazu mit seinen 3½ Millionen Ruthenen) für das neue polnische Staatsgebilde einfach weggeskamotiert wird? Man verläßt sich darauf, daß Galizien ja vorläufig noch zu Oesterreich gehört und daß der polnische Zukunftsstaat seinerzeit mit sich reden lassen werde. Man übersieht dabei nur die Kleinigkeit, daß Freih. v. Hussarek das freie, ungehemmte Selbstbestimmungsrecht der Völker von Regierungs wegen kürzlich verkündet hat und die Polen sich einfach darauf berufen und von ihrem Rechte, sich dem von Warschau verkündeten einheitlichen Polenstaate anzuschließen, Gebrauch machen werden. Entweder man unterschätzt die Bedeutung der Warschauer Kundgebung, die den bedingungslosen Zusammenschluß aller von Polen bewohnten Gebiete proklamierte, oder man fühlt sich bereits als Staat so schwach, daß man ihr nicht entgegentreten kann und darum gute Miene zum bösen Spiel macht und sich ihm „sympathisch“ gegenüberstellt.

Aus all diesen Vorgängen ist nur ersichtlich, daß es für die österreichischen Deutschen höchste